

# Mahnruf

Organ der Kommunistischen Linksopposition

Zu beziehen durch  
Josef Güttel, Wien, XXI, Stryeckgasse 4  
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13

WIEN

Nr. 24 Dezember 1932 4. Jahrg.

Erscheint 14 tägig.— Preis bei Arbeitslosenvermittlung  
und Auszahlungsstellen 12 Groschen.  
Abonnement vierteljährig S —90

## Arbeitslose! Achtung!

Wir bringen die

## Richtlinien zur 28. Novelle

in Fortsetzungen im Innern des Blattes. Keiner versume es, sie zu lesen!

Jeder soll wissen

wie hoch seine Unterstützung sein soll, wie lange er Anspruch hat auf die NA I, NA II und wer in die NA III überführt werden mu. Wer ist unterstützungsberechtigt? Wie steht es mit der Aussteuerungspraxis in Wort und Tat?

## Die Militärdiktatur setzt die letzte Reserve ein Wohin steuert General Schleicher?

### I. Wer stürzte Papen?

Wir haben anlsslich des Wahlergebnisses vom 6. November bereits darauf hingewiesen, da die Militärdiktatur ihr Ziel — die Massen in die Position der schweigenden Verzweiflung zu drängen — nicht erreicht hat. Zeigten die Wahlen deutlich, da die Radikalisierung der Arbeiterklasse weiter fortschreitet, während die konterrevolutionäre Massenbewegung des Faschismus abzubreckeln beginnt, so bewies der Streik der Berliner Verkehrsarbeiter einen hohen Grad der Kampfbereitschaft und der Erbitterung des Proletariats.

Aus diesen unbestreitbaren Tatsachen hat die KPD-Führung die Konsequenz gezogen, da die Regierung Papen durch den Druck der Arbeiterklasse gestürzt worden ist.

Der — für die Militärdiktatur überraschende, — zähle Widerstand der Arbeiterklasse hat zweifellos dazu beigetragen, die inneren Widersprüche innerhalb der Militärdiktatur zu verschärfen; aber wäre es wirklich so, da der Druck der Arbeiterklasse Papen stürzte, wir stünden heute nicht Schleicher gegenüber, die herrschenden Klassen hätten Herrn Hitler um jeden Preis herangezogen und ihn nicht durch ein geschicktes Manöver weiter geschwächt. Ausgelöst wurde die Krise innerhalb der Militärdiktatur, durch den Kampf zwischen Monopolkapital und Grogrundbesitz. Zunächst hatte Papen durch sein „Ankurbelungsprogramm“ den Weg eingeschlagen, den Interessen des wirtschaftlich herrschenden Monopolkapitals den Vorzug zu geben. Aber unter dem Druck des Grogrundbesitzes wurde dann — trotz heftigen Widerstandes von Industrie, Handel und Börse — die Kontingentierungspolitik eingeschlagen, die den Innenmarkt für Lebensmittel dem Preisdiktat der Junker auslieferte.

In der von Papen geführten Militärdiktatur und ihrer Wirtschaftspolitik spiegelte sich der Widerspruch zwischen der ökonomischen Vormachtstellung und der politischen Schwäche der deutschen Bourgeoisie wider.

Es zeigte sich, da der wirtschaftlich bankrotte Grogrundbesitz, kraft seiner politischen starken Organisationen (Deutschnationale, Stahlhelm) in der Lage ist, die Priorität seiner Interessen zu erreichen.

Der erbitterte Kampf zwischen Monopolkapital und Grogrundbesitz, zwischen Ernahrungminister Braun und dem Wirtschaftsminister Warmbold (I. G.-Farben) hat die Militärdiktatur geschwächt und Papens Position erschutert, der sich auf den junkerlichen Kurs schlielich festlegte. Dieser innere „Interessenten-Kampf“ griff auch auf die Gesamtpolitik der Militärdiktatur über. Der junkerliche Flügel, einmal an der Macht, wollte sofort mit der Republik reinen Tisch machen: Staatsstreich, Oktroierung einer konterrevolutionären Verfassung, Restauration der Hohenzollern auf dem Wege der krongrinzlichen Reichsverweserschaft. Herr Gayl, der Innenminister der Papen-Regierung, beschritt konsequent diesen Weg.

Hat der Wirtschaftskurs Papens die Arbeiterklasse erbittert, die Bourgeoisie veragert, so hat der Kurs auf die Restauration die Gefahr heraufbeschworen, da die Militär-

diktatur von allen Seiten bedrängt wird. Selbst das konterrevolutionäre Kleinbürgertum, berauscht von der Hoffnung auf ein drittes Reich, horchte auf, als es im Hintergrunde der Militärdiktatur das wilhelminische Deutschland erstehen sah. Der Faschismus, der die Gefahr sah, da die Massen ihn verlassen, wenn sie erkennen, da Hitler nur der Wegbereiter der Restauration ist, sah sich zu einem Scheinkampf gegen die „feinen Herren“ gezwungen.

Diese Gegensätze, die allgemeine Isolierung der Militärdiktatur, hatten den Höhepunkt erreicht, als die Berliner Arbeiter auf die Strae gingen, spottend der Hochverratsdrohungen, und als aus den Wahlurnen das dumpfe Grollen allgemeiner Radikalisierung der Arbeitermassen empordrang.

Die Minister der Militärdiktatur (Warmbold, Bracht, Neurath) forderten den Rücktritt Papens.

Um das System der Militärdiktatur zu retten, wurde Papen geopfert.

An seine Stelle trat, endlich aus dem Hintergrund zum Hervortreten gezwungen, der oberste Herr der Militärdiktatur — Schleicher.

### II. Der General übernimmt die Führung

Schleicher hat Brüning gestürzt, er brach dem General Grüner das Genick; aber Schleicher hat nicht Papen gestürzt. Er mute die Führung übernehmen, vor die Front treten, weil die wochenlange Krise der Militärdiktatur bereits zu einer schweren Erschütterung ihres „autoritären Systems“ geführt hatte.

Indem die Militärdiktatur gezwungen ist, ihre letzte Reserve einzusetzen, indem sie General Schleicher zum Herrn der Regierung, Preussens, der preussischen Polizei und gleichzeitig der Armee macht, demonstriert sie nicht ihre Stärke, sondern ihre Schwäche.

Parteien und „Helden“ der Konterrevolution haben sich im Feuer der Krise rasch abgenutzt. Papen konnte geopfert werden — es blieb das System.

Was aber, wenn der General versagt, wenn sich seine Ohnmacht immer deutlicher enthüllt? Mit Schleicher tritt nicht eine Partei in den Vordergrund; konnte Papen sich noch bedingungslos auf die Deutschnationalen stützen, so Schleicher auf niemanden als auf die Armee. Hinter Papen stand Hindenburg, der oberste Herr des Stahlhelms und Präsident der Republik. Aber hinter Schleicher? Die Kräfte um Hindenburg — das sind die junkerlichen Kräfte, die Papens „Kampfkabinett“ forderten.

Hinter Schleicher steht bedingungslos heute nur die Armee.

Unter Papen lavierte und balancierte die Militärdiktatur zwischen Arbeiterklasse und Faschismus. Schleicher aber mu nicht nur dieses Lavieren fortsetzen, sondern er hat noch die Kräfte der offenen Restauration im Rücken, er hat Warmbold und Braun in der Regierung und soll zwischen beiden vermitteln, ausgleichen. —

Die liberale Presse jubelt über den „redengewandten General“, den leutseligen Salonlowen. Sie sieht nicht, da Schleichers Verbeugungen nach allen Seiten nur der Ausdruck der Schwäche der Militärdiktatur sind.

Schleicher zieht aus, um alle zu versöhnen, um sich mit keinem zu verzancken und er wirbt um Unterstützung bei allen, bei Hitler, bei Leipzig, bei Frankreich, bei Amerika, bei allen, die er erreichen kann.

Aber die sozialen und ökonomischen Kräfte, die hinter der Militärdiktatur stehen, werden sehr bald die redseligen Flutterwochen beenden.

Das Wirtschaftsprogramm Papens ist bankrott. Statt der Einstellung von 1 1/4 Millionen Arbeitslosen, sind nur 42.200 eingestellt worden; die Arbeitslosigkeit ist im November um 156.000 gestiegen. Der Auenhandel sinkt weiter. Die Produktionsziffern der Industrie sind weiter tief. —

Herr Schleicher wird die Schlothe nicht rauchend, er wird die Arbeitslosen nicht satt, nicht Junker und Industrielle gleichzeitig zufrieden machen.

Ausgezogen, alle zu versöhnen, wird er dabei enden, da alle ihn erbittert bekämpfen.

Herr Schleicher will die Weimarer Republik begraben. Er fürchtet aber die Restauration und die Widerstände, die sie auslösen mu, er kokettiert mit dem dritten Reich, mit staatskapitalistischen Phrasen, wohl wissend, da das dritte Reich nur ein Fiebertraum der Kleinbürger in der Wüste des Kapitalismus ist.

Mit jedem Schlag gegen Weimar wird er im Proletariat den Revolutionsproze beschleunigen, mit jedem Zögern und Widerstand gegen die wilhelminische Restauration wird er diese Kräfte gegen sich treiben und indem er Hitler umarmt, ohne ihn an die Macht zu lassen, zersetzt er die faschistische Bewegung weiter.

Herr Schleicher will die Konterrevolution stabilisieren; enden wird er dabei, da er sie weiter schwächt.

Herr Schleicher sucht eine Massenbasis; die einzige, die er finden wird, wird die proletarische Massenbasis sein, die sich immer drohender gegen ihn erheben wird.

### III. Die Reformisten geben Schleicher eine Chance

Es ist unverkennbar, da die Führer der SPD und des ADGB keine Kampfstellung gegen Schleicher beziehen, sondern eine loyal-oppositionelle, abwartende Haltung einnehmen.

Am stärksten kommt dies bei den ADGB-Führern zum Vorschein.

Diese jämmerlichen, feigen Bürokraten teilen das schmaliche Schicksal der Liberalen und Demokraten von 1918. Sie wissen, da sie mit jedem ersten Massenwiderstand gegen Schleicher die revolutionäre Entwicklung im Proletariat zwangsläufig fördern.

Die Furcht vor der proletarischen Revolution beherrscht ihr Tun und Lassen.

Sie hoffen, die politischen Rechte der Arbeiterklasse gegen winzige Konzessionen auf wirtschaftlichem Gebiet eintauschen zu können.

Diese Haltung der Reformisten hat für uns nichts Ueberraschendes. Wir wissen, da sie weitgehend dadurch ermöglicht wird, da sie hoffen, in den eigenen Reihen, insbesondere in den Gewerkschaften, auf keinen ersten, proletarischen Widerstand zu stoen.

Da sie nicht in der Zange der Einheitsfronttaktik zapeln müssen — Thälmann erspart es ihnen — da sie in den Gewerkschaften keine Massenopposition gegenüberstellen, können sie ihr verräterisches Spiel treiben. Aber trotz dieser Fehler der KPD wachsen die Widersprüche auch im reformistischen Lager. Daß die Mitglieder der SPD in Baden die Konkordatspolitik ihrer Führer durchkreuzten, ist ein bemerkenswertes Symptom. Leipart, Eggert verhandeln mit Schleicher. Aber die Mitglieder der Leipart & Co. haben mit den Kommunisten den BVG-Streik geführt. Streik noch als die SPD nähert sich der ADGB dem General. Aber der ADGB ist eine Organisation, die 4 Millionen Arbeiter umfaßt. Selbst wenn Leipart will, er kann sie nicht an Schleicher — „verhandeln“. Die ADGB-Arbeiter wollen kämpfen — man muß ihnen nur helfen, den Weg zu finden.

#### IV. Die Zeichen stehen auf Sturm — aber man muß den Sturm organisieren

Wir lesen in der Zeitung von Urbahn über die Schleicher-Regierung:

„Wir bezweifeln, daß eine entscheidende Verhandlung der Schleicherschen Pläne noch erreicht werden kann... ein Spitzenangebot an die SPD... Das ist die letzte Möglichkeit, das Ausmaß der Niederlage zu verkleinern...“ (Volkswille, Nr. 25, 2. Dez. 1932).

Das schreiben Genossen, die sich für Marxisten, für linke Kommunisten halten. Sind sie denn blind? Sehen sie denn nicht, wie die Sprünge im konterrevolutionären Boden breiter, zahlreicher, tiefer werden? Sehen sie nicht, daß

die Kräfte der Konterrevolution statt stärker — schwächer werden, daß die soziale Gärung weiter wirkend den revolutionären Flügel verstärkt? Gewiß: der Reformismus verrät und der Zentrismus lähmt die KPD. Darin liegt eine ungeheure Gefahr. Aber die Arbeiterklasse sucht tastend nach einem Ausweg, die besten und aktivsten Kommunisten erkennen, daß die Politik der Partei falsch ist.

Wir sind uns aller Gefahren bewußt, die darin liegen, daß die revolutionären Energien im deutschen Proletariat gegenwärtig gezwungen sind, sich führerlos den Weg zu bahnen, daß der Kampfwille spontan durchbricht, wie im BVG-Streik.

Daß man uns heute Schleicher in den Nacken setzen kann, zeigt, wie weit wir gekommen sind.

Das zu sehen und daraus die Lehren zu ziehen, ist von entscheidender Bedeutung. Aber man darf nicht nur das sehen, man darf nicht wie gebannt auf die Fehler im eigenen Lager blicken und glauben, beim Gegner steht alles fest, geschlossen, schlagfertig.

Nein, so ist die Lage nicht. Herr Schleicher wird keinen der Widersprüche lösen, die ihm Papen hinterlassen hat. Die letzte Reserve der Militärdiktatur wird sich als ohnmächtig erweisen; der Faschismus verkauft bei lebendigem Leib. Das heißt nicht, daß die Konterrevolution von selbst zusammenbricht, daß Hitler nicht weiter eine fürchtbare Gefahr bleibt. Das besagt nur, daß der Kampf zwischen Konterrevolution und Revolution unentschieden weitergeht, daß der Sieg der Arbeiterklasse möglich ist, daß wir alle Kraft einsetzen müssen, um den revolutionären Ausweg aus der Krise zu erzwingen.

## Wie man die Lehren aus dem BVG-Streik nicht ziehen und der Partei nicht helfen kann

### Beitrag zur Gewerkschaftsdiskussion der Permanentler

(Von Wolfgang Bertram)

Die Zeitschrift „Permanente Revolution“ veröffentlicht seit einigen Wochen (Nr. 25, 26, 27, 28) Beiträge, die der RGO im allgemeinen und den Lehren des BVG-Streiks im besonderen gewidmet sind.

Eingeleitet wurde die Diskussion durch einen Artikel O. R., einem Mitglied der Permanentler, der seit vielen Monaten als 2. Sekretär bei Trotzki weilt. In seinem Artikel: „Was soll aus der RGO werden?“ (P. R. Nr. 25) kommt O. R. zu folgenden Resultaten:

... Liquidierung der RGO und der selbständigen Verbände... Selbst aber wenn die Gewerkschaftsbürokratie jedes Eingehen auf die kommunistischen Vorschläge ablehnt und strikte ablehnt und bedingungslose Auflösung der RGO und der roten Verbände fordert und sich nur zu Einzelaufnahmen bereit erklärt, müssen die Kommunisten auf dem eingeschlagenen Wege einen Schritt weitergehen und auch unter solchen Bedingungen wieder in die reformistischen Gewerkschaften zurückkehren.

Dieser Standpunkt ist innerhalb der Gruppe der Permanentler auf so starken Widerstand gestoßen, daß der oppositionelle Flügel der Permanentler, der bisher in der R. L. eine Minderheit war, zur Mehrheit wurde.

Den Standpunkt dieser Mehrheit formulierte r. w. in einem polemischen Artikel in der „P. R.“ (Nr. 27), in dem er u. a. ausführt:

„Der Streik (der BVG. Anm. W. B.) beweist auch, daß diejenigen, die verlangen im Jahre 1932, nachdem der kommunistische Einfluß in den Gewerkschaften fast gleich Null ist, nachdem es keine kommunistischen Gewerkschaftskader mehr gibt, die RGO zu liquidieren, vollständig im Unrecht sind... So lange es noch möglich war, die Isolierung der Kommunisten in den Gewerkschaften durch die Verhinderung des RGO-Kurses aufzuhalten, haben wir Kritik geübt. Heute ist dieser Prozeß abgeschlossen...“

Im Namen der Minderheit der R. L. der Permanentler antwortet e. b., der Vertreter der Permanentler in Trotzki's Internat. Büro, in der P. R. Nr. 28, wobei er sich mit dem Standpunkt O. R. solidarisiert und hinzufügt, daß der Streik der BVG u. a. deshalb zusammengebrochen ist, weil „eine schärfere Betonung des politischen Charakters des Streiks“ fehlte. Eine solche Betonung, meint e. b., hätte den Nazis „ihre Demagogie erschwert“. (!!)

In einem neuen Artikel wirft die Mehrheit (r. w.) der Minderheit (e. b.) vor, daß sie „die führende Rolle der RGO im BVG-Streik negieren“ und sie stellt gleichzeitig fest:

„es ist Tatsache, daß die RGO die freigewerkschaftlichen und auch die Nazi-Arbeiter in den Streik führte.“

Prüfen wir nun in aller Kürze diese Standpunkte!

Für jeden wirklichen revolutionären Marxisten ist es klar, daß beide Seiten der Permanentler die Frage der RGO völlig abstrakt und schematisch stellen. Die Mehrheit (r. w.) lehnt den entschlossenen Kurs auf eine allmähliche Liquidierung der RGO ab, wobei sie, ganz im Stile der Zentristen, von der „führenden Rolle der RGO“ spricht: Die Minderheit (O. R. und e. b.) dagegen sieht wohl das richtige Ziel — Liquidierung der RGO —, aber um es zu erreichen, verfallen sie in branderistische Panik und empfehlen Hals über Kopf, die RGO aufzulösen und einzeln in den ADGB zu gehen, wenn Leipart es so verlangt. Diese Linie ist nicht neu; sie wurde 1930 von Brandler und Hals in der Tschechoslowakei und vom syndikalistisch-reformistischen „Komité der 22“ (Boville-Dumoulin, im gewissen Sinne auch Monalle-Chambelland-Louzon) in Frankreich eingeschlagen.

Praktisch bedeutet der Kurs, den die Mehrheit der Permanentler empfiehlt, den Verzicht auf eine wirkliche strategische Wendung in der Gewerkschaftsfrage, auf die

Eroberung der Gewerkschaftsmassen; der Kurs der Minderheit dagegen Panik, Demoralisation und Liquidierung jeder Ansätze gewerkschaftlicher Oppositionsarbeit für längere Zeit.

Die Linken in der Partei können weder den einen noch den anderen Weg gehen. Ihr gewerkschaftliches Ziel in der gegenwärtigen Etappe kann nur die geschlossene Ueberführung der RGO in die freien Gewerkschaften sein, nicht ihre Liquidierung in 2–300.000 Einzelmitglieder, von denen vielleicht 1–2 Prozent in den ADGB als einzelne zurückgehen würden; die Mehrheit würde der Indifferenz verfallen und ein ansehnlicher Teil würde sich einfach nicht liquidieren lassen, sondern mit den Industrieverbänden einen halb-syndikalistischen Block schließen, der angesichts der Erbitterung und Eitüfäuschung der RGO-Genossen, einen scharf parteifeindlichen Charakter annehmen müßte.

So einfach, bürokratisch, daß man die RGO einfach opfert und ihren Mitgliedern empfiehlt: „geht zum ADGB“, kommen wir nicht um einen Schritt weiter; ja, schlimmer noch, mit einer solchen mechanistischen Einstellung verstärkt man nur die RGO-Tendenzen.

Aber wenn man ernsthaft davon ausgeht, daß die RGO nicht lebensfähig ist, daß sie in die freien Gewerkschaften überführt werden und dort das Rückgrat des linken Flügels bilden muß, dann darf man sich nicht selbst an Phrasen berauschen, wie Genosse r. w., dann muß man nüchtern der Tatsache ins Gesicht blicken, daß die RGO wohl Streiks auslösen, nicht aber erfolgreich führen kann, daß sie nur eine aktive Propagandagruppe, nicht aber einen gewerkschaftlichen Faktor darstellt.

Zum Schluß darf man nicht vergessen, daß jede Taktik, die wir zur Lösung der Gewerkschaftsfrage einschlagen, nicht nur unter dem Gesichtspunkt gestellt werden darf: „Was müßte das ZK heute tun?“, sondern es muß auch berücksichtigt werden, was können wir, trotz der Haltung des ZK und der sturen Einstellung der RGO tun, um unserem Ziel auf gewerkschaftlichem Gebiete näherzukommen?

Und da zeigt es sich, daß gewerkschaftliche Erziehungsarbeit nur dann möglich ist, wenn man die Lehren aus den gewerkschaftlichen Kämpfen der Arbeiterklasse richtig zieht und an Hand dieser eigenen Erfahrungen den Arbeitern den Weg weist.

Ein solcher entscheidender Kampf war der BVG-Streik. Liest man aber, was beide Flügel der Permanentler über ihn schreiben, dann greift man sich erstaunt an den Kopf und fragt sich: „Waren die Leute, die hier über den Streik schreiben, überhaupt in Berlin oder sind sie so völlig isoliert, daß sie keine Ahnung von den wirklichen Streiklehren haben?“

Beide Flügel der Permanentler gehen davon aus:

„Die RGO hat zweifellos die führende Rolle in diesem Streik gehabt...“

... es ist Tatsache, daß die RGO die freigewerkschaftlichen und auch die Nazi-Arbeiter in den Streik führte.“ (r. w.)

„Der BVG-Streik fand unter der Führung der RGO statt.“ (e. b.)

Damit ist für beide Teile das Problem der Streikführung erschöpft. Aber gerade hier beginnt es erst! Tatsächlich hat die RGO den Kampf ausgelöst, die Belegschaft in den Streik geführt. Aber damit war die führende Rolle im BVG-Streik leider auch zu Ende. Die Zentrale Streikleitung versagte; der Streik sackte sofort auf einem Massenstreik in zwei Dutzend isolierte, lokale Bahnstreckens ab. Auf einem Teil der — sich selbst überlassenen — Bahnstrecken hatten daher die reformistischen Streikbrecher leichtes Spiel, auf anderen konnten Nazis ungestört den Streik für ihre politischen Zwecke mißbrauchen, dort aber, wo gekämpft wurde, wo bis Sonnabend kein Wagen den Bahnhof verließ, wie am Bahnhof Müllerstraße, wo eine Gruppe von 80 RGO-Mitgliedern besteht, dort trat die RGO als Or-

ganisation überhaupt nicht in Funktion, dort wurde der Streik durch die kraftvolle Führung der Linken, die durch das Einheitskomitee einen Block mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern bereits seit Mai vorbereitet hatten, geführt.

Die Genossen Permanentler mögen, soweit sie noch in der Partei sind, das innerparteiliche Fraktionsorgan „Die Kritische Parteistimme“ lesen, sie werden dort sehen, wie ernsthafte, marxistisch geschulte Parteigenossen wirklich die Lehren des Streiks ziehen. Wir wollen sie hier nur in Theseform zusammenfassen:

I. Der BVG-Streik hat bewiesen, daß die RGO wohl Streiks auszulösen vermag, daß sie aber unfähig ist, erfolgreich Streiks zu führen.

II. Gezwungen, gegen zwei Fronten zu kämpfen, gegen die reformistische Bürokratie und die konterrevolutionäre Nazidemagogie, wird die RGO gegenwärtig im Streik in eine unzulässige Gemeinschaft mit den Nazis getrieben, weil ihr ein fester Block mit den reformistischen Arbeitern fehlt, der die Voraussetzung der erfolgreichen Abwehr der reformistischen Streikaufträge und der Abwehr der Nazis bildet.

III. Die Gemeinschaft mit den Nazis (Heranziehung zur Streikleitung) erschüttert sofort das Vertrauen der kämpfenden Gewerkschaftskollegen und treibt sie, trotz ihres Kampfwillens, zurück in die Arme der Bürokratie.

IV. Als lose, ungeschulte Propagandagruppe ist die RGO unfähig, auch nur die primitivsten Kampfaufgaben zu lösen, insbesondere eine elastische Taktik anzuwenden, zu manövrieren, die Kampfbasis zu erweitern, den Kampf im richtigen Zeitpunkt abzubrechen.

Das sind die wichtigsten Lehren des BVG-Streiks!

Wir dürfen eines nicht vergessen: in der Partei- und RGO-Mitgliedschaft werden auch andere, höchst gefährliche Lehren aus dem BVG-Streik gezogen. Ein Teil Genossen erklärt: Das Verhalten der reform. Bürokratie hat endgültig bewiesen, daß diese Herren stets auf der anderen Seite der Barrikade stehen. Das sind Streikbrecher und man kann mit ihnen nicht in einer Organisation arbeiten.

Wir wollen nicht verschweigen, daß auch erbitterte SPD- und Gewerkschaftsmitglieder in der BVG manchmal so sprechen. Ein anderer Teil der Partei- und RGO-Genossen, der der zentristischen Bürokratie bereits kritischer gegenübersteht, erklärt dagegen:

Abgesehen vom Verrat der Reformisten, hat auch die RGO und die Partei versagt. Trotzdem hielt sich der Streik, der vom spontanen Kampfwillen der Arbeiter getragen war, trotz aller Terrormaßnahmen der herrschenden Klasse vier Tage lang. Besteht nicht die Hoffnung, daß in einer noch zugespitzteren Situation, wenn ein Streik das Signal für viele andere Betriebe wird, eine spontane Streiklawine losbricht und trotz Verrats der ADGB-Bürokratie und des Versagens der RGO zum Zusammenbruch des ganzen Systems führt?

Angesichts einer solchen Verwirrung in der Partei klingt es wie Sektiererergeschwätz, wenn sich die Genossen Permanentler ernsthaft darüber unterhalten, ob man die RGO sofort liquidiert und um Einzelaufnahme im ADGB ansucht oder ob man in Anbetracht „der führenden Rolle der RGO im BVG-Streik“ nicht besser von der Liquidierung absieht. Als ob auf einem anderen Planeten unsere Probleme diskutiert würden — so weltfremd, so fern der Wirklichkeit ist diese ganze Fragestellung!

Aus den wirklichen Lehren des Streiks in der BVG, die wir eben kurz gezogen haben, und angesichts der falschen Lehren, die von den Parteimitgliedern gezogen werden, ergeben sich jetzt folgende Aufgaben:

1. Man muß den Genossen die ungeheure politische Gefahr zeigen, die zwangsläufig die von den Gewerkschaften isolierte RGO in eine Kampffront mit den faschistischen Streikdemagogen treibt, wodurch sie die kampfbereiten reformistischen Arbeiter zurücktreibt.

2. Man muß den RGO-Mitgliedern zeigen, daß die Streiksympathie der reformistischen Arbeiter nicht genügt, um einen gemeinsamen Kampf erfolgreich zu führen. Dazu ist mehr notwendig, dazu ist ein festes Zusammenarbeiten, von langer Hand vorbereitet, notwendig, wie es am Bahnhof Müllerstraße im „Einheitskomité“ bestand.

3. Man muß die RGO-Mitglieder dazu erziehen, daß sie begriffen, daß die feste Kampfbündnis mit den oppositionellen Gewerkschaftsmassen nicht von außen schließen können, sondern nur im Rahmen der Organisationen der freien Gewerkschaften. Man muß die Illusion bekämpfen, als ob eine spontane Streiklawine — wenn sie überhaupt eintritt — wirklich das herrschende System stürzen kann.

4. Man muß in der RGO und im ADGB unter der zentralen Parole kämpfen: „Für die geschlossene Aufnahme der RGO in die freien Gewerkschaften.“ Es ist notwendig, heute bereits gewerkschaftliche Arbeitskomités aus RGO- und ADGB-Kollegen zu bilden, die diese Notwendigkeit begriffen haben und die für sie in beiden Organisationen kämpfen. Der Kampf für die gewerkschaftliche Einheit muß mit der Propaganda eines gewerkschaftlichen, klassenkämpferischen Gegenwartsprogrammes verbunden werden.

5. Die Wiedergeburt einer starken, revolutionären Oppositionsbewegung in den Gewerkschaften kann nicht das Ergebnis eines Beschlusses sein, sondern sie wird im lebendigen Prozeß des Kampfes erfolgen. Dort, wo bei ausbrechenden Streiks — gleichgültig, ob sie von der Bürokratie anerkannt oder als „wilde“ betrachtet werden — die wirkliche Kampfführung durch die Anhänger der gewerkschaftlichen Einheit repräsentiert wird, dort werden RGO- und ADGB-Kollegen einander im Kampf wirklich nahe kommen, dort wird die Einheit vorbereitet und ihre lebendige Grundlage geschaffen.

6. Heute blicken die RGO-Genossen apathisch und skeptisch auf den hilflosen, faulenden Monumentalbau der freien Gewerkschaftsbewegung und die klassenbewußten ADGB-Kollegen, voller Sorge und Unruhe um ihre eigenen Organisationen, blicken scheel und skeptisch auf die Pro-

pagandagruppe „RGO“, die eine „selbständige, revolutionäre Gewerkschaftsbewegung“ sein will. Das Bewußtsein dieser Massen wird nicht dadurch verändert, daß man die RGO in Scherben schlägt (Vorschlag O. R. und e. b.), noch daß man sich mit der RGO abfindet (r. w.).

Man muß den Kampf für die Gewerkschaftseinheit auslösen, damit sich in diesem Kampf das Bewußtsein der Massen verändert! Genosse r. w. hat recht, wenn er schreibt: „Die Aufgabe ist jetzt, die RGO mit den Gewerkschaften auf der Basis von gemeinsamen Aktionen zu verbinden, mit dem Ziel der Gewerkschaftseinheit.“

Aber diese richtige Schlussfolgerung ist eine leere Phrase, eine platonische Verbeugung vor einer richtigen Idee, wenn sie mit einer falschen Voraussetzung verbunden wird: „Die RGO hat zweifellos die führende Rolle in diesem Streik gehabt. . . Die RGO ist zu einem Faktor geworden. . .“ (r. w.).

Wenn dies richtig ist, dann ist der gewerkschaftliche Dualismus gerechtfertigt, den die Partei jetzt betreibt: RGO und Opposition in den Gewerkschaften.

Wenn man aber ernsthaft die RGO als selbständige Organisation liquidieren muß, dann eben deswegen, weil sie kein erster Faktor werden kann und würde, weil sie unfähig ist, selbständig erfolgreiche Massenstreiks zu führen.

Schlimm ist das mechanistische gewerkschaftliche Liquidationsprogramm der Minderheits-Permanentler: Auflösen und Ansuchen um Einzelaufnahme! Das heißt, das wenige, was man besitzt, verlieren und nichts gewinnen. —

Schlimm aber ist die Zweideutigkeit, mit der die Mehrheits-Permanentler zwei unvereinbare Dinge miteinander verbinden wollen: Anerkennung der führenden Rolle der RGO im Streik und Gewerkschaftseinheit.

Was die Partei braucht, ist Klarheit, Nüchternheit, revolutionären Realismus. Man muß aus den Kämpfen lernen, ehe man die Kämpfenden belehren will, man muß der Wirklichkeit ins Auge blicken und nicht sich ein Schema im Kopf zurecht machen, das nur dazu taugt, Verwirrung anzurichten.

Zum Schluß sei mir noch eine kleine Frage gestattet: „Warum, liebe Genossen Permanentler, seid ihr so geschweigsam gegenüber den konzentrischen Angriffen, die der Parteiapparat auf den UB-Konferenzen und auf dem 19. Bezirksparteitag in Berlin gegen die „trotzkistische Taktik im BVG-Streik“ unternimmt? Warum verschweigt ihr die diesbezüglichen Stellen der politischen Resolution des Parteitag?“

Sollte dies alles wirklich nur deshalb sein, weil die „trotzkistischen“ Streikführer nicht Euerem Grüppchen angehören, sondern der Gruppe „Kommunist“? Sölltet ihr wirklich so gruppenegoistisch sein, daß ihr schamhaft den ganzen Kampf zwischen Parteiapparat und der linken Opposition totschweigt, nur weil Eure Gruppe sonst gezwungen wäre, von dem mutigen Kampf unserer Genossen zu sprechen? Schlimm, sehr schlimm, wenn die kleinen Cliquenbedürfnisse zu solchen Ergebnissen führen. —

## Graz Ein Sekretariat der Linken

Nach langer Unterbrechung ist es unseren oporterfreudigen Grazer Genossen gelungen, wieder ein Sekretariat zu eröffnen. Unter Mithilfe oporterwilliger Genossen und Abonnenten des „Mahnru“ gelang es, diesen alten Wunsch in die Tat umzusetzen. Es wurde ein freigeschaffenes Lokal gemietet, in welchem nicht nur alle Organisationsangelegenheiten erledigt werden können, sondern auch täglich (an Wochentagen) von 4 bis 6 Uhr nachmittags Auskunft über alle die Arbeiterschaft betreffenden Fragen, ganz besonders aber für die Arbeitslosen, erteilt wird. (Schreiben von Gesetzen usw.) Das Sekretariat befindet sich in „Hofers“ Gasthof, Volksgarten, Sigmundstadt 1, im Hofe (Spellsaal). Wir erwarten, daß durch allseitigen Zuspruch jeder sein Scherlein zur Deckung der Kosten des Sekretariats beiträgt.

Die Aktivität und der Opfermut unserer Grazer Genossen ist vorbildlich. Durch die Wiedererrichtung eines Sekretariats ist ein Schritt nach vorwärts getan.

## Spende Pressefond!

# Sowjetwirtschaft in Gefahr!

## Vor dem zweiten Fünfjahresplan

Von L. Trotzki

Ann. der Redaktion. Nachfolgend veröffentlichen wir in Fortsetzungen Auszüge aus einer längeren Arbeit des Genossen Trotzki über die Krise der russischen Sowjetwirtschaft. Unsere Leser werden aus diesen Artikeln ersuchen, daß Genosse Trotzki seinen ungerechtfertigten Optimismus am Beginn dieses Jahres, mit dem wir uns mehrmals kritisch auseinandersetzen mußten, aufzugeben beginnt. Damals — im Januar 1932 — schrieb Genosse Trotzki, daß die großen „Erfolge der Sowjetwirtschaft, zahlenmäßiges Wachstum des Proletariats und erste Erfolge der kollektiven Landwirtschaft“ eine ausreichende Garantie dafür bilden, „daß die Liquidierung der bürokratischen Selbstherrschafft nicht mit einer Erschütterung des Sowjetsystems zusammenfallen wird, wie man es noch vor 3—4 Jahren befürchten konnte. . .“ („Was nun?“ S. 82.)

Gegen diesen Optimismus und die Revision des alten oppositionellen Standpunktes, daß die Fortsetzung der zentralistischen Wirtschaftspolitik und die bürokratische Selbstherrschafft die Gefahr des Zusammenbruchs der Sowjetmacht heraufbeschwören, haben wir uns gewandt.

Jetzt schildert Gen. Trotzki in sehr krassen Farben die inneren Widersprüche, die sich in der Sowjetmacht angesammelt haben, und ruft alarmierend: „Die Sowjetwirtschaft ist in Gefahr!“ Er empfiehlt, vor dem 2. Fünfjahresplan, der am 1. Jänner 1933 beginnen soll, ein „Jahr der allgemeinen Wiederherstellung“ anzusetzen; das innere Gleichgewicht in der Wirtschaft wiederherzustellen; dieser Vorschlag ist gut. Aber leider fehlt in der Arbeit des Genossen Trotzki das Wichtigste:

Erstens, die Perspektive der Entwicklung der Sowjetwirtschaft, wenn die herrschenden Stalinisten nicht diesen Weg gehen, sondern unbehört ihren bisherigen Kurs fortzusetzen versuchen.

Zweitens, welche Schritte die russische Opposition für notwendig hält, nicht nur um der Parteiführung zu raten, sondern sie auch unter den Druck der fortgeschrittensten Arbeiter zu setzen. Dieser Druck war z. B. 1928 einer der entscheidenden Faktoren, der Stalin zum Abgehen von dem Bucharinschen Kulakenkurs zwang, als dieser Kurs zu einer scharfen Störung des Gleichgewichtes zwischen Stadt und Land geführt hatte. 1929 hatte Trotzki empfohlen, die Opposition möge den Kampf für die Geheimabstimmung in der Partei, Gewerkschaft, nötigenfalls auch im Sowjet eröffnen, um den starren bürokratischen Druck zu sprengen und die schöpferischen proletarischen Kräfte den Weg der Mitbestimmung der Arbeiterdemokratie zu führen. Leider berührt Gen. Trotzki diese Frage in seiner neuesten Arbeit mit keinem Wort.

## Die Kunst planmäßiger Wirtschaft

Die Voraussetzungen der sozialistischen Planwirtschaft sind durch den Oktoberumsturz und durch die Grundgesetze der Sowjetmacht geschaffen worden. Im Verlaufe einer Reihe von Jahren entstanden und funktionierten die staatlichen Organe der zentralisierten Leitung der Wirtschaft. Eine gewaltige schöpferische Arbeit wurde geleistet. Was im imperialistischen und im Bürgerkriege zerstört worden war, wurde wiederhergestellt. Neue grandiose Unternehmen, neue Produktionszweige, ganze Industriegebiete sind geschaffen worden. Das im Staat organisierte Proletariat hat praktische seine Fähigkeit bewiesen, die Wirtschaft nach neuen Methoden zu führen und in früher unerhörtem Tempo materielle Güter zu erzeugen. Das alles mit dem Hintergrund des seinem Ende entgegengehenden Weltkapitalismus. Der Sozialismus als System hat zum ersten Male sein Recht auf den historischen Sieg bewiesen, nicht auf den Seiten des „Kapitals“, sondern durch die Praxis von Wasserkraftanlagen und Hochöfen. Unzweifelhaft würde Marx diese Art der Beweisführung vorziehen.

Verbrecherisch leichtfertig sind indessen die Behauptungen, als ob die UdSSR schon in den Sozialismus eingetreten sei. Die Errungenschaften sind groß. Aber bis zum faktischen Sieg über die wirtschaftliche Anarchie, bis zur Ueberwin-

dung der Disproportion, bis zur Sicherung des harmonischen Charakters der Wirtschaft ist es noch ein sehr langer und schwieriger Weg.

Wie allseitig der erste Fünfjahresplan auch überlegt war, so konnte er, dem Wesen der Sache nach, nichts anderes sein als eine erste rohe Hypothese, von vornherein dazu bestimmt, im Prozesse der Arbeit gründlichen Veränderungen unterworfen zu werden. A priori ein vollendetes System wirtschaftlicher Harmonie zu schaffen, ist unmöglich. Die planwirtschaftliche Hypothese mußte die alten Disproportionen und die Unvermeidlichkeit der Entstehung neuer in sich tragen. Eine zentralisierte Leitung gewährleistet nicht nur große Vorzüge, sondern bedeutet auch die Gefahr der Zentralisation von Fehlern, das heißt die Erhebung der Fehler in eine sehr hohe Potenz. Nur die beständige Regulierung des Plans während der Ausführung, seine teilweise oder gänzliche Umarbeitung auf Grund der aus der Erfahrung gewonnenen Lehren, können seine wirtschaftliche Wirkung sichern.

Die Kunst sozialistischer Planwirtschaft fällt nicht vom Himmel und wird nicht bei der Eroberung der politischen Macht fertig eingehändigt. Diese Kunst kann nur im Kampf errungen werden. Schritt für Schritt, nicht von einem Einzelnen, sondern von den Millionen, als Bestandteil der neuen Wirtschaft und Kultur. Es hat nichts Ueberraschendes oder Entmutigendes an sich, wenn sich die Kunst der Wirtschaftsführung zum 15. Jubiläum der Oktoberrevolution noch auf einem sehr niedrigen Niveau befindet. Die Zeitung „Für die Industrialisierung“ hält es für möglich zu sagen: „Um die operative Planwirtschaft steht es bei uns erbärmlich schlecht“ (12. September). Die ganze Sache dreht sich dabei aber gerade um die operative Planwirtschaft.

Wir haben mehrmals daran erinnert, daß „bei falscher Planwirtschaft und, was noch wichtiger ist, bei falscher Regulierung des Planes im Prozeß seiner Ausführung, die Krisis sich erst kurz vor Beendigung des Fünfjahresplans entfalten und unüberwindliche Schwierigkeiten für die Ausnutzung und Weiterentwicklung seiner unzweifelhaften Erfolge schaffen kann“. (Bulletin der Opposition Nr. 23, 15. Juni 1931.) Eben deswegen dünkte es uns, daß die überleite, rein sportmäßige „Ueberführung des Fünfjahresplanes auf 4 Jahre einen Akt leichtfertiger Abenteuerlust darstellte“ (ebendort). Und die Befürchtungen und Warnungen sind, zum Unglück, vollständig bestätigt worden.

## Die vorläufigen Ergebnisse des ersten Fünfjahresplans

Von einer wirklichen Erfüllung des Fünfjahresplans in vier Jahren (genauer: in vier Jahren und drei Monaten) kann auch jetzt nicht die Rede sein. Die wütendste Antreiberei im Laufe der letzten beiden Monate hatte auf die allgemeinen Ergebnisse schon keinen Einfluß mehr. Den tatsächlichen, das heißt ökonomisch abgewogenen Prozentsatz der Erfüllung des ursprünglichen Programms festzustellen, ist vorläufig noch nicht möglich. Die in der Presse veröffentlichten Zahlen haben eher eine formal statistische als wirtschaftlich-buchhalterische Bedeutung. Wenn die Errichtung einer neuen Fabrik bis auf 90 Prozent gediehen ist, dann aber angesichts offenkundigen Materialmangels die Arbeit eingestellt wird, so kann man von einem formalstatistischen Standpunkt aus 90 Prozent des Plans als ausgeführt buchen. Vom ökonomischen Standpunkt aus jedoch müssen die gemachten Aufwendungen einfach auf die Verlustseite eingetragen werden. Die Abrechnung über die wirkliche Effektivität (die nutzbringende Wirkung) der errichteten und zu errichtenden Unternehmen vom Standpunkt einer allgemein-staatswirtschaftlichen Bilanz aus liegt noch völlig in der Zukunft. Aber auch vom Standpunkt der Feststellung der bloßen Menge sind die Resultate, so bedeutend sie an sich sein mögen, sehr weit von den Voraussetzungen des Plans entfernt.

Die Ausbeute an Kohle hält sich zurzeit auf der Höhe des vergangenen Jahres, erreichte infolgedessen bei weitem nicht die Planziffern des dritten Jahres des Fünfjahresplans.

„Das Donbassin schleppt sich im Schwanz der rückständigsten Teile der Sowjetindustrie dahin“, klagt die „Prawda“. „Die Spannung der Bilanz der Heizstoffe nimmt zu“, wiederholt die „Für die Industrialisierung“ (8. Oktober).

Im Jahre 1931 wurden 4,9 Millionen Tonnen Gußeisen erzeugt anstatt der im Plan vorgesehene 7,9 Millionen; 5,3 Millionen Tonnen Stahl anstatt 8,8 Millionen; endlich 4 Millionen Tonnen Walzeisen anstatt 6,7 Millionen. Das bedeutete einen Niedergang im Vergleich zum Jahr 1930: bei Gußeisen — um 2 Prozent, bei Stahl — um 6 Prozent, bei Walzeisen — um 10 Prozent.

In 9 Monaten des Jahres 1932 wurden produziert 4,5 Millionen Tonnen Gußeisen, 4,1 Millionen Tonnen Stahl, 3,5 Millionen Tonnen Walzeisen. Bei einer bedeutenden Erhöhung der Produktion von Gußeisen (neue Hochöfen!) steht die Erzeugung von Stahl und Walzeisen im laufenden Jahre annähernd auf dem Niveau des vergangenen Jahres. Vom Standpunkt der allgemeinen Aufgaben der Industrialisierung aus ist natürlich nicht das rohe Gußeisen entscheidend, sondern Walzeisen und Stahl.

Neben diesen mengenmäßigen Resultaten, welche die „Ökonomitscheskaja schisn“ als „himmelschreiende Durchbrüche“ charakterisiert, stehen die sehr ungünstigen und in ihren Folgen weit gefährlicheren qualitativen Durchbrüche. Der speziellen wirtschaftlichen Presse folgend erachtet die „Prawda“ offen an, daß in der Schwerindustrie „es um die qualitativen Indizes unzulässiggermaßen steht“. „Der Ausschub frißt den hochwertigen Stahl auf.“ „Kraft verschlechtert haben sich die technischen Koeffizienten der Ausnutzung der Einrichtung.“ Es genügen zwei Zahlen: Die Tonne Gußeisen stellte sich im Jahre 1931 auf 35 Rubel; in der ersten Hälfte des laufenden Jahres — auf 60 Rubel.

An Kupfer wurden in den Jahren 1929/30 47.000 Tonnen ausgeschmolzen; im Jahre 1931 48.000, ein Drittel der vom Plan bestimmten Aufgabe. Im laufenden Jahre wurde der Plan auf 90.000 Tonnen herabgesetzt, aber in 8 Monaten sind weniger als 30.000 Tonnen ausgeschmolzen worden. Was das für den Maschinenbau im allgemeinen, für den Bau elektrischer Maschinen im besonderen bedeutet, bedarf keiner Erläuterung.

Auf dem Gebiete der Elektrifizierung zeigt sich bei allen ihren Erfolgen ein bedeutendes Zurückbleiben: Die Kraftstationen gaben im August 71 Prozent der Energie, die sie geben sollten. „Für die Industrialisierung“ schreibt von einer „stümperhaften und anaphabetischen, kulturlosen Ausnutzung der erbauten Stationen.“ In Hinsicht auf die Kraftwirtschaft drohen im Winter große Schwierigkeiten. In den Leningrader und Moskauer Bezirken haben sie schon begonnen.

Die verarbeitende Industrie, die im vergangenen Jahre gegenüber dem Plan stark zurückgeblieben war, wuchs in der ersten Hälfte des laufenden Jahres um 16 Prozent, fiel jedoch im 3. Quartal unter die Position des vergangenen Jahres. Die Lebensmittelindustrie steht auf dem letzten Platz. Die von den Betrieben der Schwerindustrie erzielte zusätzliche Warenproduktion für den Massenkonsum beträgt für 8 Monate nur 35 Prozent des Jahresplans. Welcher Teil von dieser in Eile improvisierten Warenmenge in Wirklichkeit den Bedürfnissen des Marktes entspricht, entzieht sich einstweilen jeder Kontrolle.

Die Fabriken erhalten ihre Kohle und ihr Rohmaterial mit Hilfe von Blitztelegrammen. Die Industrie sitzt, nach dem Ausdruck der „Ökonomitscheskaja schisn“, „auf Blitzen“. Aber auch Blitze können nicht geben, was nicht vorhanden ist.

Die eilige Förderung und schlechte Sortierung der Kohle beeinträchtigt die Arbeit der Koksbetriebe. Der erhöhte Gehalt des Kokes an Feuchtigkeit und Asche senkt nicht nur die Quantität der hergestellten Metalle um Millionen Tonnen, sondern setzt auch ihre Qualität herab. Maschinen aus schlechten Metallen geben ein schlechtes Erzeugnis, verursachen Stillelegungen im Betrieb, die die Arbeitskraft lähmen, und nutzen sich rasch ab.

Wie die Zeitungen im Ural mitteilen, leiden die Hoch-

öfen an Malariafieber". Infolge ungleichmäßiger Beschickung mit Heizmaterial setzen sie 3-20 Tage aus. Eine im höchsten Grade krasse Einzelheit: Die metallurgischen Betriebe des Urals hatten zur Anfuhr des Heizmaterials ihren eigenen Pferdewagen; im Februar dieses Jahres zählte er 27.000 Pferde, im Juli fiel die Zahl auf 14.000, im September auf 3000. Grund: Futtermangel.

Der Zustand der Stalingrader Traktorenfabrik, in der die Jahresmenge an Guß von 250 auf 140 Tonnen fiel, wird von der „Prawda“ mit folgenden Strichen charakterisiert: „Als Folge des Mangels an einer elementaren ständigen technischen Beaufsichtigung hat sich die Einrichtung ... überaus stark abgenutzt.“ „Der Ausschuß erhöhte sich bis zu 33 Prozent.“ „Der Schmutz hat sich in allen Mechanismen des Betriebes festgesetzt.“ „In der Gießerei sorgt man sich nicht um den morgigen Tag.“ „Handwerksarbeit ist in die Arbeit am laufenden Band eingedrungen.“

Warum senkt die Industrie farbiger Metalle bei kolossalen Investitionen die Produktion? „Weil“, antwortet die „Prawda“, „die einzelnen Betriebsabteilungen in ihren Leistungen einander nicht entsprechen.“ Dabei ist das Problem des richtigen Verhältnisses zwischen den Betriebsabteilungen durch die kapitalistische Technik gelöst. Wie viel verwickelter und schwieriger ist die Frage der Beziehungen zwischen selbständigen Unternehmungen und ganzen Industriezweigen.

„Die Podolsker Zementfabrik ist schwer krank“, — schreibt „Für die Industrialisierung“. „Im ersten Halbjahr wurde das Produktionsbauprogramm ungefähr zu 60 Prozent erfüllt, in den letzten Monaten fiel die Durchführung bis auf 40 Prozent ... Die Selbstkosten sind zweimal höher als nach dem Plan.“ In verschiedenen Grade treffen die angeführten Charakteristiken auf die ganze jetzige Industrie zu. (Fortsetzung folgt.)

im ADBG einen oppositionellen Flügel zu organisieren, hat sie vollständig versagt.

Als Organisation ist sie von 53.000 Mitgliedern auf weniger als 20.000 zahlende zurückgegangen. Politische und Vertrauenskrisen erschüttern dauernd die schwache Partei. Gegen einen ihrer prominentesten Führer, Fritz Lewy, führt die Breslauer Organisation aus moralischen Gründen einen erbitterten Kampf, weil dieser „Revolutionär“ in Berlin ein bourgeois Dreckblättchen unter dem Titel „Was ist los in Berlin“ herausgab.

In Berlin hat sich der linke Flügel um Seigewasser abgespalten und ist zur KPD übergegangen. Die schmutzliche Rolle in diesem Auflösungsprozeß spielt die Walcher-Gruppe — Trotzki's große Hoffnung. Sie kämpft um Apparatfunktionen und zersetz sich dabei in jeder Beziehung. Ihr „Gründer“ und Organisator, Karl Frank, gleichzeitig der theoretische Schutzpatron der österreichischen Rechte (Schlammgruppe) — er hat mit Thronas erst nach monatelangen Bemühungen im Sommer 1931 Walcher und Frölich zum fraktionellen Zusammenschluß in der Brandtlergruppe bewegen können — dieser „Revolutionär“ hat bei der SAP um Aufnahme angesucht. Nohat alles nur in allem — eine „lebendige Strömung“, diese SAP.

## Die Grünbacher Kumpels im Kampf

### Eihundert Bergarbeiter streiken um mehr Brot

Der Todesschacht streikt. Sieben Kumpels haben in den letzten 10 Monaten ihr Leben ausgehaucht. Der letzte von ihnen, einige Viertelstunden, nachdem er in der Werkskanzlei auf seine „ungenügende“ Leistung aufmerksam gemacht wurde. Die Antrieberpeitsche hat ihn in den Tod getrieben. ...

Der Grünbacher Todesschacht! Auch so ein „Musterbetrieb“ wie die Giffhöhle von Wr. Neustadt. Die Jahresleistung eines Arbeiters ist in der Zeit von 1923 bis 1932 von 82 Tonnen auf 196 Tonnen gestiegen. Der Lohn beträgt für den Hauer 6,46 Schilling in der Schicht. Aber auch dieser Lohnsatz steht nur am Papier. Der Großteil der Häuer, besonders die neu eingestellten, verdienen nur 6,01 Schilling, denn Herr Ott, der bekannte Scharfmacher, zählt nicht nach dem Kollektivvertrag. Jugendliche und Frauen haben einen Schichtlohn von 4,32 Schilling.

Die relativ günstige Konjunktur im Grünbacher Kohlenbergbau gab den in großen Streiks geschulten Grünbacher Kumpels den letzten Anstoß zum Kampf um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die lebhafteste Agitation der ROO

vermochte zwar die Kündigung des Kollektivvertrages, die Stellung von Lohnforderungen und die Auslösung des Streiks zu beeinflussen, aber die Führung der Belegschaft liegt nach wie vor in den Händen der sabotierenden Gewerkschaftsbürokratie, die in den übrigen Revieren Oesterreichs die notwendige Ausdehnung des Kampfes sabottiert.

Die von der ROO ins Leben gerufene, 75 Mann zählende Streikleitung, wird — wie die internationale Erfahrung leider überall bewiesen hat, kaum günstig den Kampf beeinflussen. Sie wird letzten Endes nur das Handwerk der Gewerkschaftsbürokratie erleichtern.

Was tut not? Die ROO muß auch während des Kampfes und gerade im Kampf auf der Basis eines Kampfbündnisses mit der lokalen Gewerkschaftsorganisation, alles aufbieten, um ihren Einfluß innerhalb der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zu steigern, um eine unüberwindbare Macht innerhalb der freien Gewerkschaft zu werden. Lebhafter denn je, muß die ROO — trotz aller Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie — ihren Willen zur gewerkschaftlichen Einheit bekunden.

## Graz

### Zum Kampf der Grazer Arbeitslosen

Grazer Arbeitslose schreiben uns: Der Winter 1932/33 hält seinen Einzug. Tausende und tausende Familien stehen vor dem Nichts, keine Unterstützung, kein Brot, keine Kohlen, keine Kleider usw. Die Aussteuerungsmaschine arbeitet unermüdet weiter, die 28. Novelle fordert ihre Opfer ohne Rast. Es muß etwas für die Arbeitslosen geschehen, insbesondere für die Ausgesteuerten. Die Auspeisung, ein Essen im Tag ist viel zu wenig für Familien mit Kindern. Der Kampf muß geführt werden für die Forderungen: 1. Daß die vorgesehene zweimalige Kohlenaktion zu je 100 kg auf je 200 kg gesetzt wird; 200 kg im Dezember 1932 und 200 kg im Jänner 1933 für alle mit Familien, ebenso für alle Ausgesteuerten. 2. Lebensmittelpakete für die Arbeitslosen, insbesondere für die Kinder, müssen in kürzester Zeit zur Ausgabe gelangen. 5 kg-Pakete für Ledige, 10 kg-Pakete für Verheiratete mit Kindern. 3. Daß alle Gemeinden für die Ausgesteuerten den Mietzins leisten, um ihre Delegationen zu verhindern (Mietzinszuschuß). Das ist das Minimum, das die Arbeitslosen, die Ausgesteuerten von Land und Gemeinde Graz fordern.

Fordert von den Freien Gewerkschaften, daß sie für diese Minimal-Forderungen eintreten. Eines muß uns klar sein, freiwillig gibt man nichts, man muß für alles, für jede kleine Besserung kämpfen. Arbeitslose, sendet spontan organisierte und gewählte Delegationen zu allen Institutionen (Landesregierung, Gemeinde Graz, Arbeiterkammer usw.). Man darf keine Zeit verlieren, denn diese Herren wollen so billig wie nur möglich auskommen und alles auf die lange Bank schieben. Sie denken, desto später sie geben, desto billiger kommen sie über diesen Winter hinweg.

### Aus dem Grazer Stalinistennest

Selbstherrlich regiert in Graz der frischgebackene Stalin-Rekrut Alfons, ihm zur Seite steht Pirker, der sagt: „Mit einem ‚Trotzkisten‘, einem ‚Konterrevolutionär‘, spricht man nicht.“ Jeder Parteigenosse, der mit Linken Kommunisten spricht, wird wie ein Aussätziger behandelt und entweder ausgeschlossen oder auf kaltem Wege ausgeschieden. Besonders Birker treibt diese Hetze, um ein Alibi für seine Stalin-Treue zu erbringen und so wieder in die allmächtige Gebietsleitung zu kommen. Aber gerade diese Gestalten sind es, die am ehesten umstürzen. Wenn ein anderer Wind weht. Aber auch sonst muß der „Trotzkismus“ für jede Schandtat dieser Zufallsrevolutionäre erhalten. Ist ihnen jemand unbehagen, wird er als Trotzkist gestempelt. So beschuldigt man jetzt Sicher, er liefere dem „Mahnruf“ Material. Sicher liefert uns weder Material, noch hat er etwas mit „Trotzkismus“ zu tun. Aber das wissen die Alfons so gut wie wir, es kommt ihnen aber auf einen Dreh mehr oder weniger nicht an. Was haben diese Menschen überhaupt für ein proletarisches Gewissen? Die Macht allein genügt ihnen, um jeden, der an ihrer Arbeit Kritik übt, aus der Partei zu entfernen — Kopenig deckt es, und bei Kopenig deckt es ein Kominternbürokrat und bei diesem wieder Stalin. Die selbstherrliche Bürokratie und ihre Kreaturen verzerrt die Partei ideologisch, politisch und organisatorisch. Sie sind die Eiterbeulen am fiebernden Körper der Komintern. Una würde Lenin noch leben, er säße mit Rakowski als „Konterrevolutionär“ in Sibirien.

### Druckfehlerberichtigung

In unserer letzten Nummer ist durch ein technisches Versehen die Korrektur einiger sinnstörender Druckfehler unterblieben.

In dem Artikel „Nehmt sie beim Wort“ statt „Heftiger und giftiger“ soll es heißen „Heftiger und heftiger“.

Ferner soll es an anderer Stelle des gleichen Artikels richtig heißen: „Faschistische Barbarei oder Sozialismus ist die Alternative. Der Sieg des einen ist ohne den Sieg über das andere unmöglich.“

Im Artikel über den SD-Parteitag soll es in der ersten Spalte, dritte Zeile, richtig heißen: „Denn man wußte noch nicht genau...“

## Abonniert und verbreitet den „Mahnruf“!

Eigentümer, Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger: Josef Güttel, Holzarbeiter, Wien, XXI., Stryckgasse 4. (Im Auftrage der Komm. Linksoption.) — Druck: „Adria“, Wien, II., Taborstraße 52b.

## Richtlinien zur Gewährung der Notstandsaulhilfe

(Erlaß vom 22. September 1932 an alle industriellen Bezirkskommissionen.)

An Stelle der Richtlinien für den Bezug der Notstandsaulhilfen im Bereich jeder einzelnen IBK hat der Sozialminister im Zusammenhang mit der 28. Novelle, die die „Sanierung“ des Arbeitslosenfonds durch die 100prozentige Erhöhung der Warenumsatzsteuer vorsieht, Richtlinien für ganz Oesterreich erlassen, die durchwegs schlechter sind, als die bisherigen Bestimmungen in den IBK, in den Städten und Industriegebieten der meisten Bundesländer.

Wir bringen die wichtigsten Punkte:

II. Hinsichtlich der Bezugsdauer und der Höhe der Notstandsaulhilfen gelten nachstehende Höchstgrenzen; die unten angegebenen Hundertsätze beziehen sich auf das gesetzlich zulässige Höchstmaß der Notstandsaulhilfen.

### A. Größere Städte und Industriegebiete.

In größeren Städten und Industriegebieten sollen die Arbeitslosen die NA I und NA II bis zu folgender Höchstdauer und folgender Höhe bekommen:

	NA I		NA II	
	Dauer Wochen	Höhe Prozent	Dauer Wochen	Höhe Prozent
Arbeitslose mit niedrigem Satz (die im Familienverband leben)				
a) bis zum vollendeten 18. Lebensjahr	12	60	—	—
b) vom 18. bis zum 25. Lebensjahr	20	70	10	60
c) über 25 Jahre	30	70	10	60
Alleinstehende Arbeitslose ohne Kinder	40	75	20	70
Verheiratete Arbeitslose ohne Kinder	48	80	30	75
Arbeitslose Familienerhalter mit einem und zwei Kindern	48	90	40	80
Arbeitslose Familienerhalter mit mehr als zwei Kindern	52	100	52	90

### Notstandsaulhilfe III.

Arbeitslosen, die die Notstandsaulhilfe während der nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen festgesetzten Dauer bezogen haben, darf die Notstandsaulhilfe für eine weitere Dauer nach kommissioneller Ueberprüfung des Unterstüt-

zungsfalles gewährt werden, wenn sie das 25. Lebensjahr überschritten haben oder Familienerhalter sind. Die Notstandsaulhilfe darf in diesem Falle nachstehende Höchstgrenze nicht überschreiten.

	Prozent
Arbeitslose mit dem niederen Unterstützungssatz	60
Alleinstehende Arbeitslose	65
Verheiratete Arbeitslose ohne Kinder	65
Verheiratete Arbeitslose mit ein oder zwei Kindern	75
Verheiratete Arbeitslose mit mehr als zwei Kindern	90

Arbeitslosen vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 25. Lebensjahr, die nicht Familienerhalter sind und die Notstandsaulhilfe während der nach Maßgabe der vorstehenden Bestimmungen festgesetzten Dauer bezogen haben, kann nach einer kommissionellen Ueberprüfung des Unterstützungsfalles eine Notstandsaulhilfe jeweils für die Dauer von höchstens 12 Wochen, der Gesamtdauer nach jedoch nicht über ein Jahr, im Höchstmaß von 50 Prozent, weiter gewährt werden. Wenn sich auf Grund dieser Richtlinie für Arbeitslose vom vollendeten 18. Lebensjahr bis zum vollendeten 25. Lebensjahr allenfalls Ausscheidungen aus dem Bezuge der Notstandsaulhilfe vor dem 30. April 1933 ergeben würden, sind diese bis zu diesem Zeitpunkt hinauszuschleppen. Die Ausscheidungen werden, wenn es die Verhältnisse erheischen, allmählich vorzunehmen sein. (Das heißt, bis zum 30. April 1933 darf niemand wegen Überschreitung der Unterstützungsdauer ausgeteuert werden. Ferner sind alle Arbeitslose, die das vollendete 25. Lebensjahr überschritten haben oder Familienerhalter sind und die Bezugsdauer der NA II erreicht haben, auf unbegrenzte Dauer der NA III zuzuführen.) Allerdings haben die IBK noch vor Inkrafttreten dieser Bestimmungen (25. September) vielen Arbeitslosen Bescheide bezüglich der Bezugsdauer und Höhe der Notstandsaulhilfe zugestellt, die nicht durch diese Richtlinien berührt werden und zu Unterstützungsraub und Aussteuerungen geführt haben, die selbst über diese Bestimmungen hinausgehen. Außerdem wird die Handhabung und Durchführung dieser Bestimmungen bis heute von den IBK sabotiert. (Anm. d. Red.)

Wir setzen in der nächsten Nummer die Veröffentlichung der Weisungen und Durchführungsbestimmungen fort und werden die Hinterhältigkeit und Tücken dieser Richtlinien aufzeigen. Aber trotzdem müssen die Arbeitslosen den Kampf solidarisch aufnehmen, um dafür zu sorgen, daß der Willkür der IBK Einhalt geboten wird und eine loyale Durchführung der geltenden Bestimmungen erzielt wird. Darüber hinaus muß der Kampf um die Arbeitslosenforderungen nach Beseitigung dieser Hinrichtlinien aufgenommen werden.

## Die SAP im Auflösungsprozeß

Als vor einem Jahre die SAP gegründet wurde und in der deutschen Arbeiterbewegung lebhaft die Frage diskutiert wurde, welche Rolle diese Partei spielen wird, da schrieb das Blatt der deutschen Linken, der „Kommunist“ (November 1931):

„Die SAP als Partei für den Kommunismus zu haben, ist unmöglich, denn das Wesen der SAP ist das des organischen Zentrismus ... Eine revolutionäre, marxistische Aktionspartei wird aus diesem Bestand nicht werden ... sondern bestenfalls ein revolutionär-schillernes Gebilde, das in seinem Innern durch und durch verfault ist.“

Gegen diese Einschätzung wurde von verschiedenen Seiten kritische Einwände erhoben, u. a. wandte sich Genosse Trotzki voller Überlegenheit gegen eine solche Unterschätzung einer „lebendigen Strömung“, wie sie die SAP darstelle.

Seither ist ein Jahr verstrichen. Im Lichte einer einjährigen Entwicklung ist es jetzt möglich zu überprüfen, welche Einschätzung sich als fehlerhaft, oberflächlich und in ihrer Grundtendenz als verschleierlich erwiesen hat.

Ideologisch hat sich die SAP nicht gestärkt, im Gegenteil, der konservativ-reaktionäre Flügel um Anna Siemsen ist heute gefestigter als zur Zeit des Berliner Parteitages der SAP. Der zutristische Flügel um Seydewitz-Rosenfeld-Ledebour hat seine Macht verstärkt und seinen organischen Zentrismus in allen Fragen bewiesen. Der politische Einfluß der SAP ist von Monat zu Monat zurückgegangen. Am 31. Juli erhielt sie noch 72.000 Stimmen, am 6. November nur mehr 5.000. Bei den sächsischen Gemeinderatswahlen am 12. November erhielt die SAP in ihrer Hochburg Plauen sogar und schied 825 Stimmen ab, während die KPD 14.181, die SPD 7.617 Stimmen erhielt. In Zwickau brachte sie es auf 555 Stimmen.

Gewerkschaftlich, wo sie die Möglichk it hatte,